

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/155

16. August 1974

Falache Trompetenstöße gegen Extremisten

Bundesregierung schlägt wirksame und rechtstaatliche Regelung vor

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
des Inneren

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Entwicklung ist besser als Pille

Zur UN-Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest

Von Dr. Lwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 46 Zeilen

Mieser Stil nach schlechtem Vorbild

Die CDU/CSU verwischt die Verantwortlichkeiten

Von Herbert Bermeitinger
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Was die CSU "nicht mehr vom Stuhl reißt"

Münchner Meditationen zum Thema Bundesrat und Reformen

Seite 7 / 40 Zeilen

Falsche Trompetenstöße gegen Extremisten

Bundesregierung schlägt wirksame und rechtsstaatliche Regelung vor

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Die Regelung des Zugangs zum öffentlichen Dienst für tatsächliche oder wahrscheinliche Verfassungsfeinde bleibt unstritten. Zwei unterschiedliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung und des Bundesrates, die dem Bundestag kürzlich vorgelegt worden sind, machen das deutlich. Soweit diese Diskussion aber von Hektik und Betriebsamkeit erfüllt ist, haben Regierungskoalition und Bundesregierung daran keinen Anteil. Die Betroffenen und ihre Freunde sind es, die gegen eine Regelung überhaupt polemisieren, die CDU/CSU und die von ihr regierten Bundesländer sind es andererseits, die den Gegenpart übernommen haben und immer wieder krampfhaft das Schreckensbild einer kommunistischen Unterwanderung des Staatswesens ausmalen.

Die Bundesregierung kann in diesen Angriffen von beiden Seiten die Bestätigung dafür sehen, daß sie sich auf dem richtigen Wege befindet. Ihr Gesetzentwurf wird Bewerbern mit mangelhafter Verfassungstreue den Zugang zum öffentlichen Dienst versperren. Durch pauschale Bewertung kann dieses Einstellungshindernis allerdings nicht ermittelt werden. Ebenesowenig hilft dem Bewerber der Hinweis darauf, daß seine verfassungspolitisch bedenkliche Haltung mit der einer zugelassenen Partei übereinstimmt. Im Einzelfall ist zu entscheiden, ihm sind die Ablehnungsgründe zu entnehmen, die mit dem Betroffenen erörtert und ihm sodann schriftlich mitgeteilt werden müssen, so daß er die gerichtliche Überprüfung herbeiführen kann.

Diese Regelung läßt erkennen, daß der Vorwurf des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl völlig haltlos ist, der Entwurf der Bundesregierung öffne Verfassungsfeinden den Zugang zum öffentlichen Dienst. Erst recht abwegig ist die Behauptung Kohls, die Bundesregierung gebe Rechtspositionen des Grundgesetzes preis. Unter diesem Gesichtspunkt sollte er lieber den von ihm unterstützten Gegenentwurf des Bundesrates einer strengeren Prüfung unterziehen. Wenn an die Mitgliedschaft in einer Partei ohne Rücksicht auf die persönlichen Umstände im Einzelfall die Vermutung mangelnder Verfassungstreue geknüpft wird, dann sind in der Tat rechtsstaatliche Grundsätze gefährdet. Dabei verkennt auch die Bundesregierung nicht, daß eine solche

Mitgliedschaft durchaus ein in der Person des Bewerbers liegender Anhaltspunkt für Zweifel an seiner Verfassungstreue sein kann. Ein Gesetz aber, das die Bedeutung der Parteimitgliedschaft absolut setzt - und also den Bewerber vor die Alternative zwischen weiterer Parteizugehörigkeit und Eintritt in den öffentlichen Dienst stellt -, dürfte vor der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu seiner ausschließlichen Zuständigkeit zum Parteiverbot kaum Bestand haben.

Der Vorschlag, nach einer Kompromißlösung zu suchen, scheint bei der CDU kein Interesse zu finden. Sie richtet sich darauf ein, mit Hilfe des Bundesrates ihre Vorstellungen unverändert durchzusetzen oder das Verbot der DKP zu betreiben. Daß die CDU allerdings die Erfahrungen mit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 bereits so weit verdrängt hat, daß sie gegen die DKP erneut den Weg nach Karlsruhe antreten möchte, erscheint kaum glaubhaft. Die neue KPD, die ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung offen und rabiater demonstriert, wäre da ein geeigneteres Objekt, ohne daß man von entsprechenden Initiativen aus den Reihen der Opposition gehört hätte.

Dabei mag die Frage nach der Erfolgsaussicht eines Verbotsantrages und den eventuellen Folgen eines Unterliegens mangels Beweises ganz zurückstehen. Entscheidend ist, daß mit einem Parteiverbot die durch lange Jahre hervorragend bewältigte politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in unserem Staat abrupt beendet würde. Gleichzeitig müßte nach dem uns noch frisch erinnerlichen Muster die Strafverfolgung aller derer einsetzen, die sich weiterhin für die verbotene Partei einsetzen. Ohne Notwendigkeit eine umfangreiche politische Strafjustiz ins Werk zu setzen, kann nicht ernsthaft die Absicht der CDU sein.

Immerhin mag der Hinweis auf das Parteiverbot denjenigen zu denken geben, die lautstark jedwede Regelung des Zugangs zum öffentlichen Dienst ablehnen. Sollte es dem Staat in der Tat untersagt sein, die Aktivität einer Partei als verfassungsfeindlich zu bewerten und aus ihrer tatkräftigen Unterstützung durch einzelne Bewerber um Aufnahme in den öffentlichen Dienst bestimmte Folgerungen herzuleiten, so bliebe in der Tat nur die Alternative zwischen Parteiverbot und schrankenloser Übernahme auch rabiater Vorkämpfer z.B. der neuen KPD in den öffentlichen Dienst.

Niemand kann wollen, daß die Behandlung des Problems auf diese beiden Möglichkeiten beschränkt wird. Eine Regelung speziell für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst, die sich streng an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert, ist das Gebot politischer Vernunft.
(-/16.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Entwicklung ist besser als Pille

Zur UN-Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestage-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vom 19. bis 30. August 1974 wird in Bukarest erstmals auf breiter internationaler Basis die Frage diskutiert, wie man der immer stärker werdenden Bevölkerungsexplosion auf der Welt Herr werden kann. Die Befürchtung einer Überfüllung des "Raumschiffes Erde" ist allerdings nicht neu. Schon im vorigen Jahrhundert hatte bei einer Wachstumsrate der europäischen Bevölkerung von rund zwei vH. im Jahr die Vision von Menschenmassen bestanden, die jedes Fleckchen Erde bedecken.

Heute stagnieren die Bevölkerungszahlen in Europa oder gehen sogar leicht zurück, während nun in der Dritten Welt Zuwachsraten üblich sind, die wir aus dem Europa der ersten industriellen Revolution kennen. Dies läßt die Frage zu, ob man mit Pille und Pessar dieser Entwicklung überhaupt Herr werden kann, der man doch Herr werden muß, um den Teufelskreis vom niedrigen Lebensstandard, Arbeitslosigkeit für viele, Hunger und Kinderreichtum durchbrechen zu können. Zahlreiche Vertreter der Dritten Welt verneinen diese Möglichkeit vehement; ja, sie sehen in Bemühungen dieser Art nicht selten eine neue, subtilere Form des Neokolonialismus oder brandmarken sie als "Völkermordabsichten" und fordern, scheinbar im Widerspruch zur Notwendigkeit einer Zügelung des Bevölkerungswachstums, die Angleichung der Erwartung an Lebensjahren in den Entwicklungsländern an die der Industriestaaten.

Daß aber "die beste Pille für die Entwicklung die Entwicklung" ist, hat sich inzwischen auch in den Industriestaaten weit herumgespro-

chen. Es kann kaum bestritten werden, daß zwischen dem Entwicklungsstand und dem Lebensstandard der Bevölkerung einerseits und der Kinderzahl andererseits ein enger Zusammenhang besteht. Dies nimmt auch "Weltbevölkerungs-Aktionsplan" zur Kenntnis, der als Diskussionsgrundlage für die Konferenz von Bukarest dienen soll: Von Familienplanung ist nicht viel mehr die Rede als von der Forderung nach Senkung der durchschnittlichen Wachstumsrate der Weltbevölkerung von zwei auf 1,7 vH. pro Jahr, dafür aber umso mehr von Dingen, die auch in der entwicklungs-politischen Konzeption der Bundesregierung ganz oben stehen:

- "Wiederbelebung des Landes" zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und Eindämmung der Landflucht;
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und
- Stop des Abflusses von Abgehörigen qualifizierter Berufe aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten.

Die Verwirklichung dieser Ziele läßt einen Abschwung der Bevölkerungszuwachsrates in der Dritten Welt zu erwarten, so wie dies der wachsende Wohlstand in den Industriestaaten verursacht hat. Die reichen Länder im Norden der Welt sollten tatkräftig dazu beitragen. Welchen Rang dabei die direkte Familienplanung einnehmen sollte, zeigt die Bundesregierung: In diesem Jahr werden nur 0,5 vH. der öffentlichen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für sie ausgegeben, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit begründet dies auch: "Die Pille allein löst die Probleme dieser Welt überhaupt nicht."
(-/16.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Mieser Stil nach schlechtem Vorbild

Die CDU/CSU verwischt die Verantwortlichkeiten

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Das rheinland-pfälzische CDU-Rezept, unter dem Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl bewährt, wird bundesweit erprobt und gewiß bei den anstehenden Landtagswahlen in Hessen und in Bayern eine Rolle spielen: Alle positiven Leistungen des Bundes und der Bundesregierungen als eigene Leistung verkaufen und alle unpopulären und schwierigen Dinge den Bonnern in die Schuhe schieben. Kohl und sein Verkehrsminister Heinrich Holkenbrink tun z.B. so, als bauten und finanzierten sie die erst seit der Ablösung Seeböhms besseren Bundesstraßen und Bundesautobahnen im Lande selbst. Auch die großen Leistungen der sozialliberalen Bundesregierung bei den Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Strukturpolitik, der Agrarstruktur und der Hochschulhauförderung und dergleichen verschweigt die Mainzer CDU-Landesregierung, wann immer möglich. Wo es aber Probleme gibt, ob im bäuerlichen Bereich, ob in der Beschäftigungslage infolge der weltweiten Entwicklungen und im Hinblick auf die erfolgreiche Stabilitätspolitik, da wird mit dem Finger auf Bonn gedeutet.

Nach diesem Rezept will die CDU/CSU nunmehr auch im Hinblick auf die Steuerreform verfahren, die sie lange blockierte und schließlich - über den Bundesrat - verwässerte. Gleichwohl: In der August-Ausgabe des CDU-Organ "Deutsches Monatsblatt" heißt es wörtlich: "Der CDU/ESU ist es gelungen, die Koalition zu einem Kompromiß in der Steuerreform zu zwingen. Wenn der Steuerzahler im nächsten Jahr mehr Geld zur Verfügung hat, so hat er es der Union zu verdanken."

Einer der "Bremsen" im Bundesrat, der rheinland-pfälzische CDU-Finanzminister Wilhelm Sadding dagegen, gibt es innerhalb der CDU etwas bescheidener: Es handle sich nicht um ein "CDU-Gesetz", aber man habe zugestimmt, "weil die Regierung in wesentlichen Punkten nachgegeben" habe. Obwohl Rheinland-Pfalz im Bundesrat und die Unions-Parteien im Bundestag schon

immer mit Vehemenz als Sachwalter der Großverdiener und der Großvermögen sowie der größten Erbschaften aufgetreten waren, gab Gaddum CDU-intern auch schon eine Sprachregelung aus, wie man Kritik abwehren kann. Auf einer CDU-Veranstaltung in Trier sagte Gaddum laut "Trierischem Volksfreund": Erstens dürften Mittelstand und sogenannte Aufsteiger steuermäßig nicht übermäßig stark zur Kasse gebeten werden und zweitens sei durch das neue Gesetz "die Spitze im Einkommensteuerbereich nicht sehr betroffen", und gerade die Aufsteiger müßten zahlen.

Hier wird ein ganz miser Stil in der politischen Auseinandersetzung sichtbar: Für die generellen Segnungen, die ab 1. Januar 1975 auf den Bürger zukommen, hat sich der Wähler (siehe CDU-"Monatsblatt") bei der CDU zu bedanken wegen der zu geringen Belastung der Spitzeneinkommen und für die zu starke Belastung der mittleren Einkommen bzw. der Aufsteiger wiederum bei den Parteien der sozialliberalen Koalition zu beschweren. Das ist politischer Schwindel!

In der Beschäftigungspolitik und in dem Bemühen um eine Preisstabilisierung bahnt sich ähnliches an. Seit selbst der größte Ignorant im Land bemerkt, daß sich die sozialliberale Bundesregierung unter 17 Industriestaaten des Westens mit dem größten Erfolg um relative Preisstabilität bemüht, redet die Union von anderem. Von verzerrten Aspekten der Steuerreform und von der Angst um Arbeitsplätze, obwohl jedermann weiß, daß heute in Bonn, anders als 1966, keine Rezessionisten mehr am Werk sind. Jene CDU/CSU-Politiker hatten damals die gewollte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf dem Kerbholz und haben zudem der Vollbeschäftigung niemals Vorrang eingeräumt.

(-/ 16.8.1974/hgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert

Was die CSU "nicht mehr vom Stuhl reißt"

Münchner Meditationen zum Thema Bundesrat und Reformen

Vor wenigen Tagen hat sich in der "Süddeutschen Zeitung" der "Leiter der Münchner Dienststelle des bayrischen Staatsministers für Bundesangelegenheiten", ein Dr. Walter Spaeth, mit einem Leserbrief zu Wort gemeldet und avisiert, wie seine Staatsregierung mit Reformvorhaben der nächsten Zeit unzugehen gedenkt. Ohne mit der Wimper zu zucken, bezeichnete er darin die berufliche Bildung als ein "Thema von gestern", das niemand mehr vom Stuhl reiße.

So rüde las man es selten. Diese bayrische Dienststelle kümmert es offensichtlich überhaupt nicht, daß die berufliche Bildung, die für rund 75 vH. einer Altersklasse der jungen Menschen den Weg ins Leben bedeutet, neuen Herausforderungen gegenüber steht, auf die mit Reformbereitschaft geantwortet werden muß.

Ob die berufliche Bildung eine Ausbildung zweiter Klasse ist, ob Lehretellen quantitativ und qualitativ ausreichend zur Verfügung stehen, wie die Lehrinhalte allgemeiner und beruflicher Bildung besser aufeinander abgestimmt werden können: das alles und vieles mehr reißt diesen bayrischen Dienststellenleiter nicht "mehr vom Stuhl".

Hier bricht der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der jungen Arbeitnehmer und der Auszubildenden sowie den bayrischen Bundesratsmotiven krass auf.

Übrigens hat dieser Dienststellenleiter aus München auch gleich das Hochschulrahmengesetz, den Planungswertausgleich und die Ehescheidungsreform als "Themen von gestern" abklassiviziert. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die tatsächliche geistig-politische Verfassung im Unions-Lager und ist gleichsam ein Kommentar zum "neuen" wortreichen, aber inhaltsleeren CSU-Programm, wie er entlarvender schwerlich gegeben werden kann.

Schreibt der Dienststellenleiter in seiner Leserbrief-Meditation über die Aufgaben des Bundesrats: "Nach schützt uns der Bundesrat vor 'roten Strukturereformen'."

Was er hier einzufärben versucht, gehört zu den legitimen und einsichtigen Ansprüchen der Menschen an die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates. Dagegen wollte der Dienststellenleiter offensichtlich die bayrische Blockade ankündigen. (-/16.8.1974/bgy/ex)